[Briefkopf Anwaltskanzlei]

Einschreiben

Bezirksgericht Zürich

[Adresse]

8036 Zürich

[Ort], 14. August 2016

Klage auf Scheidung nach Art. 114 ZGB

[Anrede]

In Sachen

[Vorname] [Name], [Geburtsdatum], [Heimatort] Klägerin

[Adresse], [Ort]

vertreten durch Rechtsanwältin [Vorname] [Name], [Adresse], [Ort]

gegen

[Vorname] [Name], [Geburtsdatum], [Heimatort] Beklagter

[Adresse], [Ort]

(falls bekannt) vertreten durch Rechtsanwalt [Vorname] [Name], [Adresse], [Ort]

betreffend Scheidung der Ehe nach Art. 114 ZGB

stelle ich namens und im Auftrag der Klägerin folgende

RECHTSBEGEHREN

* 1. Es sei die Ehe der Parteien gestützt auf Art. 114 ZGB zu scheiden.

Bemerkung 1**:** Vgl. hierzu Musterklage § 77, Rz 9, Bemerkungen 1–5.

* 1. Es sei die güterrechtliche Auseinandersetzung per 14. August 2016 vorzunehmen und der Beklagte sei zu verpflichten, der Klägerin eine nach Vorliegen des Beweisergebnisses zu beziffernde Ausgleichszahlung von mindestens CHF 1 Mio. zu bezahlen, zahlbar innert 10 Tagen nach Rechtskraft des Scheidungsurteils.

Die nachträgliche Bezifferung der Ausgleichsforderung wird nach Edition sämtlicher relevanter Unterlagen vorgenommen.

*Bemerkung 2*: *Vgl. hierzu Musterklage § 77, Rz 9, Bemerkungen 24–26.*

* 1. Es sei die Pensionskasse des Beklagten anzuweisen, die Hälfte des vom Beklagten während der Ehedauer geäufneten Vorsorgeguthabens auf ein von der Klägerin noch zu bezeichnendes Freizügigkeitskonto 2. Säule zu überweisen.

*Bemerkung 3*: *Vgl. hierzu Musterklage § 77, Rz 9, Bemerkungen 22–23.*

* 1. Es sei der Beklagte zu verpflichten, der Klägerin einen nachehelichen monatlichen Unterhaltsbeitrag bis zur ordentlichen Pensionierung des Beklagten im Betrag von CHF 10‘875.00 (inkl. CHF 2‘000.00 Vorsorgeunterhalt) und ab der ordentlichen Pensionierung des Beklagten im Betrag von CHF 2‘975.00 zu bezahlen, zahlbar jeweils im Voraus auf den Ersten eines jeden Monats.
  2. Die Unterhaltsbeiträge seien gerichtüblich der Teuerung anzupassen.

Bemerkung 4**:** Vgl. hierzu Musterklage § 77, Rz 9, Bemerkungen 16–20.

Bemerkung 5: Zur Indexierung des Unterhaltsbeitrages vgl. Musterklage § 75, Rz 9, Antrag Ziff. 13.

**Bemerkung 6:** Da gemäss Art. 125 Abs. 2 Ziff. 5 ZGB bei der Unterhaltsfestsetzung das Vermögen der Klägerin zu berücksichtigen ist, beeinflusst das Ergebnis der güterrechtlichen Auseinandersetzung die Unterhaltsberechnung (BSK ZGB I-Gloor/Spycher, Art. 125 N 9; Hausheer/Spycher, Handbuch des Unterhaltsrechts, Rz 05.31 ff.). Dies ist bereits bei den Anträgen zu berücksichtigen und dementsprechend sind die Anträge betr. Güterrecht und Pensionskasse nachzustellen.

* 1. Alles unter Kosten- und Entschädigungsfolgen (zuzügl. MwSt.) zulasten des Beklagten.

Begründung

**I. Formelles**

* 1. Die Unterzeichnete ist von der Klägerin gehörig bevollmächtigt.

BO: Vollmacht vom [Datum] Beilage 1

* 1. Gemäss Art. 23 Abs. 1 ZPO ist das Gericht am Wohnsitz einer Partei zuständig. Die Klägerin hat Wohnsitz in Zürich, weshalb das angerufene Gericht zuständig ist.

Bemerkung 7: Örtliche Zuständigkeit vgl. Musterklage § 76, Rz 7.

* 1. Gemäss Art. 198 lit. c ZPO entfällt das Schlichtungsverfahren bei Scheidungsverfahren. Das angerufene Gericht ist sachlich zuständig.

Bemerkung 8: Sachliche Zuständigkeit vgl. Musterklage § 76, Rz 8.

* 1. Die vorliegende Klage erfolgt im Hinblick auf die Einigungsverhandlung und stellt **keine Klagebegründung im Sinne von Art. 291 Abs. 3 ZPO** dar, weshalb nachfolgend auf eine ausführliche Substanziierung der güterrechtlichen Ansprüche der Klägerin ohne Rechtsnachteile verzichtet werden kann.

II. Materielles

A. Scheidung

* 1. Die Parteien haben am 15.3.1983 in Zürich geheiratet. Aus der Ehe sind drei bereits volljährige Kinder, geb. 1984, 1986 und 1989 hervorgegangen.

**BO:** Familienausweis vom [Datum]**Beilage 2**

* 1. Die Parteien leben seit dem 13. März 2014 getrennt. Dementsprechend leben die Parteien seit mehr als 2 Jahren getrennt (Art. 114 ZGB).

**BO:** Mietvertrag der Klägerin vom 01.03.2014 **Beilage 3**

**BO:** Befragung der Parteien

B. Güterrechtliche Auseinandersetzung

* 1. [Vgl. hierzu Musterklage § 78, Rz 32, Begründung, Ziff. 50 ff.]
  2. XY AG: Der Beklagte ist Eigentümer von 50% des Schmuckhandelsbetriebes XY AG. 25% der Aktien hat er beim Tod seines Vaters 1982 geerbt. Von seiner Mutter hat er ebenfalls im Jahr 1982 ein weiteres Aktienpaket von 25% geschenkt erhalten. Die Beteiligung an der Aktiengesellschaft ist dementsprechend dem Eigengut des Beklagten zuzuordnen (Art. 198 Ziff. 2 ZGB).
  3. Der Klägerin liegt die letzte gemeinsame Steuererklärung 2013 vor. Darin ist die 50%-ige Beteiligung des Beklagten mit einem Steuerwert von CHF 10 Mio. aufgeführt. Aus der ersten Steuererklärung der Parteien im Jahr 1983 ist ein Steuerwert von CHF 5 Mio. ersichtlich. Der Wertzuwachs ist darauf zurückzuführen, dass der Beklagte die Firma als Geschäftsführer erfolgreich geführt hat und sich jeweils lediglich einen Lohn von ca. CHF 200‘000.00 pro Jahr und für sich und seine Mutter Dividenden von je CHF 150‘000.00 pro Jahr ausbezahlt hat. In Absprache mit der Mutter hat er auch in den Jahren mit ausserordentlich gutem Geschäftsgang jeweils grosszügig Rückstellungen gemacht und Gewinn thesauriert. Dementsprechend hat die Errungenschaft des Beklagten eine Ersatzforderung gegen das Eigengut des Beklagten (Art. 209 Abs. 3 ZGB). Zur Bezifferung dieser Ersatzforderung ist die Klägerin auf verschiedene weitere Unterlagen bzw. auf eine Begutachtung der XY AG angewiesen.

**BO:** Bilanzen und Erfolgsrechnungen XY AG (inkl. Anhänge und Revisionsstellenberichte) der Jahre 2013–2015 **vom Beklagten zu**

**edieren**

**BO:** Verkehrswertgutachten XY AG **gerichtlich**

**einzuholen**

**BO:** Steuererklärung 2013 **Beilage 4**

**Bemerkung 9:** Die Bewertung erfolgt nach anerkannten Grundsätzen der Betriebswirtschaftslehre (CHK ZGB-Jungo, Art. 207 N 8; BGE 136 III 209 E. 6.2.2; 125 III 1 E. 4; 121 III 152 E. 3.c; BGer 5A\_387/2010 vom 14.09.2010 E. 4.1). Aufgrund der letzten Jahre ist eine Zukunftsprognose des Ertrages (insb. des tatsächlichen Gewinns) der Unternehmung insgesamt zu erstellen. Sie ist mit einer aktuellen Substanzwertbewertung – unter Auflösung stiller Reserven und mit Unterscheidung von betriebsnotwendiger und anderer Substanz – zu kombinieren. Der Goodwill gehört soweit zur Unternehmung, als er nicht allein auf dem Unternehmer beruht. Als Wertuntergrenze muss in jedem Fall der Liquidationswert gelten (BSK ZGB I-Hausheer/Aebi Müller, Art. 211 N 16).

**Bemerkung 10:** Wenn sich der Beklagte für seine Unternehmung (Eigengut) mit Erfolg einsetzt und dafür ein angemessenes Gehalt bezogen hat und Dividenden ausgeschüttet wurden, was alles in die Errungenschaft fällt (Art. 197 Abs. 2 Ziff. 1 und 4 ZGB), so fehlen die Voraussetzungen für die Annahme eines Beitrages im Sinne von Art. 209 Abs. 3 ZGB, und der Errungenschaft des Beklagten würde keine Ersatzforderung zustehen, an der die Klägerin im Rahmen der Vorschlagsteilung die Hälfte zukäme (Art. 210 Abs. 1 i.V.m. Art. 215 Abs. 1 ZGB; BGE 131 III 559 E. 4.3).

* 1. Weitere Vermögenswerte: Während der Ehe hat der Ehemann ca. CHF 500‘000.00 und die Ehefrau ca. CHF 15‘000.00 gespart. Diese Ersparnisse stellen je Errungenschaft dar und sind im Rahmen der Vorschlagsteilung je hälftig zu teilen.

**BO:** Credit Suisse Kontoauszug per 31.07.2016 der Klägerin **Beilage 5**

**BO:** Sämtliche Kontoauszüge per 16.08.2016 des Beklagten **vom Beklagten zu**

**edieren**

C. Vorsorgeausgleich

* 1. [Vgl. hierzu Musterklage § 78, Rz 32, Begründung, Ziff. 75 ff.]
  2. Die Klägerin verfügt über kein während der Ehedauer angespartes Vorsorgeguthaben. Der Beklagte ist aufzufordern, sein ab Eheschliessung angespartes Guthaben per Stichtag (Rechtskraft des Scheidungsurteils bzw. gemäss dem ab dem 1.1.2017 geltenden Recht Zeitpunkt der Einreichung der Scheidungsklage) zu edieren. Die Klägerin geht davon aus, dass es sich dabei um ein Guthaben von ca. CHF 1.6 Mio. handelt.

**BO:** Berechnung des während der Ehedauer geäufneten Vorsorgeguthabens inkl. Durchführbarkeitserklärung **vom Beklagten zu**

**edieren**

D. Unterhalt

* 1. Die 1983 geschlossene Ehe der Parteien dauerte bis zur tatsächlichen Trennung im Jahr 2014 ca. 30 Jahre. Die Klägerin hat drei Kinder grossgezogen. Die Parteien lebten eine klassische Rollenteilung. Die Ehe ist klarerweise lebensprägend. Der gebührende Unterhalt im Sinne von Art. 125 ZGB knüpft an den in der Ehe zuletzt gemeinsam gelebten Standard (zuzüglich scheidungsbedingter Mehrkosten) an, auf dessen Fortführung bei genügenden Mitteln beide Teile Anspruch haben, der aber gleichzeitig auch die Obergrenze des gebührenden Unterhalts bildet (vgl. BGE 135 III 158 E.4.3).
  2. Der Bedarf der Klägerin ist einstufig zu bestimmen, da das Haushaltseinkommen mit über CHF 30‘000.00 monatlich (OGer ZH LE 110045 vom 15.03.2013,) nach dem Auszug der Kinder eine Sparquote erlaubte und dementsprechend auch bei der Finanzierung von zwei Haushalten die Weiterführung des während der Ehedauer gelebten Lebensstandards nach der Scheidung ermöglicht (BGer 5A\_445/2014 vom 28.08.2014 E. 5.1; BGE 115 II 424).

**BO:** Steuererklärungen 2011 und 2012 **Beilage 6/1–2**

**BO:** Steuererklärung 2013 **Beilage 4**

**Bemerkung 11:** Das Gericht ist an keine bestimmte Methode zur Unterhaltsberechnung gebunden; vielmehr geniesst es hierbei grosses Ermessen (BGE 128 III 411 E. 3.2.2; 127 III 136 E. 3; BGer 5A\_589/2009 vom 24.11.2009 E. 2.3; 5C.53/2007 vom 19.10.2007 E. 3.1). Es sollte sich allerdings zur angewandten Methode äussern und sie begründen (BGer 5C.271/2005 vom 23.03.2006 E. 9.5; 5A\_708/2008 vom 17.12.2008 E. 2). Ein allgemeiner Schwellenwert, bei dessen Überschreitung es von der pauschalen zur konkreten Bemessung wechseln müsste, existiert nicht (Vetterli, Methoden, S. 23 ff. und S. 32). Die einstufige Berechnung drängt sich zudem nach einhelliger Meinung nicht schon auf, wenn das Einkommen überdurchschnittlich ist, sondern erst dann, wenn im Zusammenleben so viel gespart wurde, dass auch nach der Trennung eine beträchtliche Sparquote übrig bleibt (KGer SG FO.2014.36 vom 25.01.2016 Ziff. 6 mit weiteren Verweisen).

**Bemerkung 12:** Es obliegt der Klägerin, die Sparquote zu beweisen (BGE 140 III 485).

* 1. Der bisherige Lebensstandard der Klägerin beinhaltet folgende Budgetpositionen:

**Bemerkung 13:** Bei extrem günstigen Verhältnissen kann sich eine Auseinandersetzung der einzelnen Bedarfspositionen erübrigen und ist es den Parteien freigestellt, wie sie ihre Mittel verwenden wollen. Das Bundesgericht schützte im Rahmen der Willkürüberprüfung einen Eheschutzentscheid des Kantonsgerichtes, in dem neben dem fünffachen Grundbetrag für Anschaffungen und Notfälle eine Reserve von CHF 2‘500.00 zugestanden wurde, da bei offenkundigem Luxus auch der sukzessive Erwerb einer standesgemässen Ausstattung zu den laufenden Bedürfnissen gehöre (BGer 5A\_392/2007 vom 27.08.2007).

**Bemerkung 14:** Für die Berechnung des Unterhalts ist bei der einstufigen Methode ausschliesslich die Seite des unterhaltsberechtigten Ehegatten von Bedeutung. Dieser hat darzulegen und zu beweisen, dass er den geltend gemachten Betrag benötigt, um die vor der Trennung bestehende Lebenshaltung weiterzuführen. Dazu muss er grundsätzlich jede Position seines Bedarf substanziieren, beziffern und belegen, was zu umfangreichen Aufstellungen führen kann (FamPra.ch 2015, BÄHLER, S. 306). Jedoch ist auch darauf hinzuweisen, dass sich die Festsetzung des nachehelichen Unterhalts einer exakten mathematischen Berechnung entzieht (BGer 5A\_310/2010 vom 19.11.2010 E. 2.2).

**Bemerkung 15:** Die Bedarfsermittlung aufgrund der konkreten Methode kommt nicht ohne gewisse Pauschalisierungen aus (BGer 5A\_310/2010 vom 19.11.2010 E. 6.4.4).

Grundbetrag verdoppelt CHF 2‘400.00

Wohnkosten CHF 3‘000.00

Kommunikation CHF 300.00

Haushalthilfe CHF 500.00

Gesundheit CHF 1‘000.00

Versicherungen CHF 400.00

Mobilität CHF 1‘000.00

Freizeit/Kultur CHF 800.00

Ferien CHF 1‘000.00

Steuern CHF 1‘800.00

Zwischentotal Verbrauchsunterhalt CHF 12‘200.00

Vorsorge CHF 2‘000.00

Total CHF 14‘200.00

**Bemerkung 16:** Vgl. hierzu Musterklage § 73Eheschutzgesuch (einstufiger Berechnungsmethode, reiche Verhältnisse) und Bähler, Unterhaltsberechnungen, S. 305 ff.

**Bemerkung 17:** Bei der Auflistung der Positionen ist zu klären, was zum gemeinsam gelebten Lebensstandard gehörte, so könnten z.B. Nebenkosten für Gärtner, Poolunterhalt, Mitgliedschaften in einem Golfclub, Haustiere, chemische Reinigung, Taschengeld als separate Positionen aufgeführt werden. Auch wenn gewisse Pauschalisierungen gemacht werden können, so sind die Ausgaben doch zu plausibilisieren und dementsprechend mit Rechnungen, Quittungen, Verträgen, Kreditkartenabrechnungen etc. zu belegen.

Nachfolgend ist auf die einzelnen Positionen einzugehen:

* 1. Grundbetrag: Der Lebensstandard der Parteien war gehoben, weshalb sich die Verdoppelung des Grundbetrags rechtfertigt.

**Bemerkung 18:** Das Bundesgericht hat eine Verdoppelung des Grundbetrages bei einem Jahreseinkommen von mind. CHF 300‘000.00 als angemessen erachtet (BGer 5A\_310/2010 vom 19.11.2010), obwohl seitens der Ehefrau moniert wurde, es handle sich dabei nicht nur um gute, sondern um ausserordentlich gute finanzielle Verhältnisse, was eine weitere Erhöhung rechtfertige.

* 1. Wohnkosten: Die Klägerin wohnt in einer Attikawohnung in der Gemeinde AB. Die Wohnkosten inkl. Garage und Nebenkosten-Akonto sind ausgewiesen.

**BO:** Mietvertrag vom 01.03.2014 **Beilage 3**

* 1. Kommunikation: Die Auslagen von CHF 300.00 für Telefon/Radio/TV/Internet inkl. Billag wie auch die Auslagen für das Mobiltelefon sind belegt.

**BO:** Rechnung swisscom vom 30.06.2016 **Beilage 7**

**BO:** Rechnung Billag vom 20.01.2016 **Beilage 8**

**BO:** Rechnungen sunrise vom 30.04./31.05. und 30.06.2016 **Beilage 9/1–3**

* 1. Haushalthilfe: Die Klägerin wird schon seit vielen Jahren im Haushalt durch Maria ST unterstützt. Nach dem Auszug des Beklagten aus dem ehelichen Haushalt benötigt sie Maria noch während 4 Stunden pro Woche. Maria hat einen Stundenlohn von brutto CHF 30.00 pro Stunde.

**BO:** Lohnabrechnungen Maria ST **Beilage 10**

**BO:** AHV-Deklaration **Beilage 11**

* 1. Gesundheit: Die Klägerin ist privat krankenversichert (KVG und VVG). Die monatliche Prämie beträgt CHF 650.00 bei einer Jahresfranchise von CHF 300.00. Die Klägerin geht zweimal jährlich zur Dentalhygienikerin, was CHF 200.00 bis CHF 300.00 kostet. Dazu kommen weitere Arzt- und Zahnarztkosten, welche die Klägerin selber tragen muss.

**BO:** Krankenkassenpolice KVG/VVG 2016 **Beilage 12**

**BO:** Diverse Arzt- und Zahnarztrechnungen **Beilage 13/1–10**

* 1. Versicherungen: Die Klägerin hat neben der Haushalt- und Privathaftpflichtversicherung eine Schmuckversicherung.

**BO:** Rechnung Haushalt- und Privathaftpflichtversicherung **Beilage 14**

**BO:** Rechnung Schmuckversicherung **Beilage 15**

* 1. Mobilität: Die Klägerin fährt einen geleasten Mini Cooper.

**BO:** Leasingvertrag Mini Cooper vom 12.12.2015 **Beilage 16**

**BO:** Rechnung Strassenverkehrsamt 2016 **Beilage 17**

**BO:** Rechnung Allianz Versicherungen vom 30.12.2015 **Beilage 18**

* 1. Freizeit/Kultur: Die Klägerin spielt Tennis beim TC RP und besucht wöchentlich zweimal den Fitnessclub ZZ, wo ein Personal Trainer sie beim Training begleitet. Die Parteien hatten verschiedene Abonnemente und besuchten monatlich mindestens einen weiteren kulturellen Anlass (Tonhalle, KKL Luzern, Maag Event Hall etc.).

**BO:** Jahreskarte Tennisclub TC RP **Beilage 19**

**BO:** Jahresrechnung Fitnessclub ZZ **Beilage 20**

**BO:** Rechnung Fitnessclub ZZ für Personal Trainer **Beilage 21**

**BO:** Rechnung Abonnement Opernhaus vom 20.03.2014 **Beilage 22**

**BO:** div. Eintrittskarten 2013 **Beilage 23**

* 1. Ferien: Die Parteien unternahmen jedes Jahr mind. eine zweiwöchige Kreuzfahrt, fuhren regelmässig übers Wochenende in die Berge oder flogen nach Mallorca und nächtigten dort in Fünf-Sterne-Hotels.

**BO:** Rechnung MSC vom 14.05.2013 **Beilage 24**

**BO:** Kreditkartenabrechnungen 01.01.2013–31.12.2013 **Beilage 25**

* 1. Steuern: Die Klägerin hat im Jahr 2015 Unterhaltszahlungen des Beklagten von insgesamt CHF 150‘000.00 versteuert.

**BO:** Steuerrechnung Staats- und Gemeindesteuern 2015 **Beilage 26**

**BO:** Steuerrechnung Bundessteuer 2015 **Beilage 27**

**Bemerkung 19:** Falls keine Steuerrechnungen vorliegen, können diese mit einem Steuerrechner (z.B. ‹www.steueramt.zh.ch›) berechnet werden.

* 1. Vorsorgeunterhalt: Die Klägerin hat Anspruch auf Vorsorgeunterhalt, da nach ihrer Pensionierung ihr gebührender Bedarf durch die AHV-Rente, die Rente aus dem Pensionskassenkapital und aus Vermögensertrag nicht vollständig gedeckt wird.

**BO:** Berechnung Vorsorgeunterhalt **Beilage 28**

**Bemerkung 20:** Vgl. hierzu Musterklage § 78, Rz 32, Ziff. 42.

**Bemerkung 21:** Der gebührende Unterhalt im Sinne von Art. 125 Abs. 1 ZGB schliesst eine angemessene Altersvorsorge ein. Dies betrifft den Ausgleich allfälliger künftiger nachehelicher Einbussen, wenn ein Ehegatte nach der Scheidung einer lebensprägenden Ehe keiner oder vorübergehend nur einer beschränkten Erwerbstätigkeit nachgehen und deshalb auch keine oder nicht die vollen Beiträge in die eigene Altersvorsorge einzahlen kann (BGE 135 III 158 E. 4.1). Für die Berechnung des Vorsorgeunterhalts hat sich das Bundesgericht in BGE 135 III 158 E. 4 für die Methode der Ermittlung des Beitragsausfalls auf Grund der für die Ehegatten massgeblichen Lebenshaltung ausgesprochen. Konkrete Berechnungen dieser Methode finden sich neben BGE 135 III 158 E. 4 in BGer 5A\_210/2008 vom 14.11.2008 E. 4 und BGer 5A\_899/2012 vom 18.2.2013 E. 3.6.2. Danach ist wie folgt vorzugehen: Der gebührende Unterhalt (Verbrauchsunterhalt bzw. Lebenshaltungskosten) wird wie ein Nettoeinkommen behandelt und in ein Bruttoeinkommen umgerechnet. Dabei wird davon ausgegangen, dass der Verbrauchsunterhalt 87% und das Bruttoeinkommen 100% beträgt. Anschliessend werden die auf diesem Bruttoeinkommen geschuldeten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge für die AHV und obligatorische berufliche Vorsorge ermittelt.

* 1. Der monatliche Bedarf der Klägerin beträgt demnach CHF 14‘200.00 bzw. CHF 12‘200.00 nach der Pensionierung.
  2. Einkommen der Klägerin: Aufgrund des Alters der Klägerin und dem erst kürzlich erfolgten teilweisen Wiedereinstieg ins Berufsleben ist ihr keine Ausdehnung ihrer Erwerbstätigkeit zuzumuten. Im Jahr 2015 erzielte die Klägerin als Bibliothekarin ein Jahreseinkommen von CHF 17‘400.00, d.h. CHF 1‘450.00 monatlich. Gemäss Lohnabrechnungen wurden keine Beiträge an eine Pensionskasse geleistet.

**BO:** Lohnabrechnungen Januar–Dezember 2015 **Beilage 29**

**Bemerkung 22:** Bei bereits fortgeschrittenem Alter (ab rund 50 Jahre) und einer sehr langen Ehedauer wird vom unterhaltsberechtigten Ehegatten nach der Scheidung die Ausdehnung auf ein Vollzeitpensum sehr zurückhaltend verlangt (Büchler/Clausen, Eigenversorgungskapazität, S.24).

* 1. Der Vermögensertrag, den die Klägerin mit dem Ergebnis aus der güterrechtlichen Auseinandersetzung erzielen kann, ist in die Einkommensberechnung einzubeziehen. Die Klägerin rechnet mit einem Betrag aus der güterrechtlichen Auseinandersetzung von mind. CHF 1‘000‘000.00. Bei einer Verzinsung mit 2.25% ergibt dies einen Vermögensertrag von CHF 1‘875.00 monatlich.

**Bemerkung 23:** Noch im Jahr 2015 entschied das Bundesgericht (BGer 5A\_671/2014 vom 05.06.2015), die Annahme, dass ein erfahrener Vermögensberater über einen längeren Zeitraum bei einem Vermögen von über CHF 4 Mio. eine Rendite von 3.5% erzielen könne, sei nicht als unangemessen zu bezeichnen. Bei einem grösseren Anlagevolumen würden sich die Ertragschancen verbessern, weshalb sich eine um 1% höhere Renditeannahme rechtfertige. Dementsprechend muss befürchtet werden, dass das Bundesgericht auch im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld wohl noch davon ausgeht, dass eine Verzinsung von 2.5% nicht unangemessen wäre (hierzu auch BGer 5A\_310/2010 vom 19.11.2010, wobei die Vorinstanz tatsächlich mit 2.25%, d.h. CHF 1‘875.00 pro Monat bei einem Vermögen von CHF 1 Mio. gerechnet hatte).

* 1. Nach ihrem Eintritt ins Pensionsalter (aktuell im Alter von 64 Jahren) wird ihr eine zusätzliche Vorsorgerente aus AHV und Pensionskassenguthaben anzurechnen sein.
  2. Die Klägerin geht davon aus, dass sie aufgrund der Einzahlungen des Beklagten mit einer vollen AHV-Rente rechnen kann, d.h. mit CHF 2‘350.00 pro Monat.
  3. Die Klägerin wird aus der Pensionskasse des Beklagten einen Betrag von schätzungsweise CHF 800‘000.00, zahlbar auf ein Freizügigkeitskonto, erhalten. Zusätzlich bezahlt der Beklagte monatlich einen Vorsorgeunterhalt von CHF 2‘000.00 bis zur Pensionierung der Klägerin. Gemäss Offerte der Axa Winterthur vom 15. Juli 2016 kann die Klägerin dementsprechend ab ihrem Eintritt ins Pensionsalter (voraussichtlich im Alter von 64 Jahren) mit einer Jahresrente durch Kapitalverzehr und Verzinsung von CHF 60‘000.00 rechnen.

**BO:** Berechnung Verrentung des Kapitals in 6 Jahren **Beilage 30**

**BO:** Offerte Axa Winterthur vom 15.07.2016 **Beilage 31**

* 1. Dementsprechend beträgt das anrechenbare Einkommen der Klägerin bis zu ihrer Pensionierung CHF 1‘450.00 (Bibliothek) und CHF 1‘875.00 (Vermögensertrag), d.h. CHF 3‘325.00 und ab ihrer Pensionierung CHF 1‘875.00 (Vermögensertrag), CHF 2‘350.00 (AHV-Rente) sowie CHF 5‘000.00 (Rente), d.h. CHF 9‘225.00.
  2. Der Unterhaltsanspruch der Klägerin beträgt dementsprechend bis zu ihrer Pensionierung CHF 14‘200.00 abzüglich Einkommen von CHF 3‘325.00 = CHF 10‘875.00 (inkl. CHF 2‘000.00 Vorsorgeunterhalt) und nach ihrer Pensionierung CHF 12‘200.00 abzüglich Einkommen von CHF 9‘225.00 = CHF 2‘975.00.

**Bemerkung 24:** Soweit die Klägerin für den ihr zustehenden Bedarf nicht oder nur teilweise aufzukommen vermag, ist der Beklagte bei lebensprägender Ehe verpflichtet, diese Eigenversorgungslücke nach Massgabe seiner Leistungsfähigkeit zu decken, und es ist der nacheheliche Unterhalt im Grundsatz unbefristet geschuldet.

* 1. Leistungsfähigkeit des Beklagten: Der Beklagte erzielt bis zu seiner Pensionierung ein Jahreseinkommen (Lohn und Dividenden) von mind. CHF 350‘000.00 bzw. CHF 30‘000.00 monatlich.

**BO:** Steuererklärung 2013 **Beilage 4**

**BO:** Steuererklärungen 2014 und 2015 **Beilage 32**

* 1. Nach seiner Pensionierung (voraussichtlich in 5 Jahren im Alter von 65) wird sich seine Leistungsfähigkeit reduzieren auf ein Einkommen aus der AHV von ca. CHF 2‘350.00, einer Pensionskassenrente von ca. CHF 7‘500.00 und Dividenden von mind. CHF 12‘500.00, d.h. insgesamt CHF 22‘350.00. Dementsprechend ist der Beklagte auch nach seiner Pensionierung noch leistungsfähig und zu verpflichten, der Klägerin eine lebenslängliche Rente von CHF 2‘975.00 zu bezahlen.

**BO:** Vorausberechnung Pensionskassenrente **vom Beklagten zu**

**edieren**

E. Kosten- und Entschädigungsfolgen

* 1. Ausgangsgemäss sind die Kosten dem Beklagten aufzuerlegen und ist der Beklagte zu verpflichten, der Klägerin eine angemessene Parteientschädigung zu bezahlen.

Abschliessend bitte ich Sie, die Parteien zur Einigungsverhandlung vorzuladen.

Hochachtungsvoll

[Unterschrift der Rechtsanwältin der Klägerin]

[Name der Rechtsanwältin der Klägerin]

dreifach

Beilage: Beweismittelverzeichnis dreifach mit den Urkunden im Doppel